

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Umweltpolitik

Nr. 255/15 vom 15. Juni 2015

Hauke Göttisch: Habeck muss angesichts des verendeten Rindes endlich aktiv gegen das Jakobskreuzkraut vorgehen

Der CDU-Landtagsabgeordnete Hauke Göttisch hat Umwelt- und Agrarminister Robert Habeck nach heutigen (15. Juni 2015) Meldungen über mindestens ein mit hoher Wahrscheinlichkeit am giftigen Jakobskreuzkraut verendetes Rind zum Handeln aufgefordert:

„Nach heutigem Stand ist mindestens ein Rind an dem giftigen Jakobskreuzkraut verendet. Diese Pflanze breitet sich unverändert rasant aus. Wäre es an Dioxin gestorben, hätte Habeck längst medienwirksam alle Register zur Rettung von Tier und Umwelt gezogen. Beim Giftkraut setzt der Minister zur Bekämpfung immer noch auf Schmetterlinge. Er muss endlich seine Beißhemmung gegen die Pflanze verlieren“, forderte Göttisch in Kiel.

Seit Jahren weise die CDU darauf hin, dass das Jakobskreuzkraut in Schleswig-Holstein immer mehr zum flächendeckenden Problem werde. Auch entlang der Straßen oder des Nord-Ostsee Kanals wachse die Pflanze nahezu ungebremst. Mit Abstand am stärksten breite sie sich jedoch auf Flächen der Stiftung Naturschutz aus.

„Es kann nicht sein, dass Menschen Zweifel an der Qualität unseres heimischen Honigs haben und Landwirte und Pferdebesitzer Angst um ihre Tiere haben müssen, weil Habeck die Gefahr bis heute bagatellisiert. Eigentum verpflichtet auch Naturschützer! Wenn sie Gefahren auf ihrem

Grund und Boden nicht rechtzeitig beseitigen, muss ihnen der Minister auf die Füße steigen“, so Göttsch.

Der CDU-Abgeordnete kritisierte Habeck erneut, weil dieser die über erhebliche Rücklagen verfügende Stiftung Naturschutz für den Einstieg in eine Bekämpfung des Jakobskreuzkrautes aus Steuermitteln mit 150.000 Euro zusätzlich belohnen wolle.

„Nur weil die Stiftung bis jetzt untätig war, müssen Landwirte und Imker schwere Verluste hinnehmen und seit Jahren auf eigene Kosten immer mehr Kraut bekämpfen. Und die Stiftung erhält für ihre bisherige Untätigkeit auch noch Geld. Das ist ungerecht“, so Göttsch.